

Bevölkerung in Deutschland

Eine Kooperation des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung mit der Geographischen Rundschau

NOV. 2018

ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNG SEIT 2011

Mit rund 83 Mio. Einwohnern leben in Deutschlands Städten und Gemeinden heute so viele Menschen wie nie zuvor. Auf Basis der fortgeschriebenen Zahlen des Zensus sind das nur unwesentlich mehr als vor 20 Jahren – dennoch gab es in dieser Zeit starke Veränderungen in der Bevölkerungsverteilung. Für einen regionalen Vergleich auf Kreisebene fokussieren wir uns hier auf die Zeitspanne zwischen 2011 und 2016.

In diesem Zeitraum verzeichneten drei Viertel aller deutschen Städte und Landkreise einen Bevölkerungszuwachs, lediglich ein Viertel stagnierte oder schrumpfte. Aus der Karte geht die regionale Verteilung wachsender und schrumpfender Regionen klar hervor: Demnach nahm die Bevölkerung vor allem in Süddeutschland flächendeckend zu, ebenso in den Ballungsgebieten Rhein-Main, in Berlin, in Hamburg sowie im nördlichen Niedersachsen. Wie dynamisch sich der Süden Deutschlands in den letzten Jahren entwickelt hat, belegt die Reihenfolge der Bevölkerungsgewinner: unter den 25 prozentual am stärksten gewachsenen Städten und Landkreisen liegen 21 in Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen. Neben einer steigenden Geburtenzahl profitierten die meisten Städte und Gemeinden hier auch von Wanderungsgewinnen aus dem In- und Ausland.

Der lange Arm der Geschichte

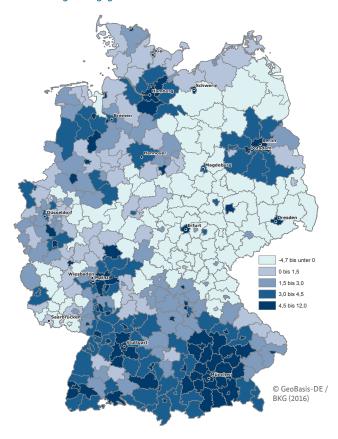
Leichte bis stärkere Schrumpfungstendenzen sind hingegen in Teilen des Saarlands und von Rheinland-Pfalz, in einigen Gebieten Nordbayerns und Nordhessens sowie für weite Teile Ostdeutschlands zu beobachten. Bei den Regionen mit Bevölkerungsrückgängen handelt es sich überwiegend um strukturschwächere Räume, die in den letzten Jahrzehnten und zum Teil bis heute durch Abwanderung junger Erwachsener geprägt sind. Damit gehen diesen Regionen nicht nur Einwohner, sondern mit ihnen auch zukünftige potenzielle Eltern verloren. Dies kann eine beschleunigte Bevölkerungsalterung und damit einhergehend auch eine negative natürliche Bevölkerungsbilanz zur Folge haben. Die Schrumpfung ist somit auch eine langfristige Folge früherer demografischer Ereignisse. Gleichzeitig führt die Strukturschwäche mit ihren Ausprägungen dazu, dass nur relativ wenige Menschen in diese Region ziehen. Selbst die Zuwande-

rung aus dem Ausland während der letzten Jahre konnte den Bevölkerungsrückgang nicht stoppen – sie verhinderte aber noch weitaus stärkere Schrumpfungstendenzen.

Starke regionale Unterschiede

Ein Blick auf die Karte zeigt, dass es in Ostdeutschland eine Reihe von kreisfreien Städten und Kreisen gibt, die sich inselhaft deutlich positiver entwickelt haben als der Durchschnitt. So wuchsen Magdeburg und Erfurt zwischen 2011 und 2016 jeweils um rund 4 %, Dresden registrierte sogar ein Wachstum um fast 6 %. Den mit 12 % stärksten Bevölkerungsgewinn unter allen deutschen Städten und Landkreisen verzeichnete Leipzig – 2016 lebten hier über 61.000 Menschen mehr als 2011. Auch das Umland von Berlin hat aufgrund von Suburbanisierungstendenzen stark an Einwohnern gewonnen.

Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland (Kreisebene), Veränderung 2016 gegenüber 2011 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BiB

AUSLÄNDISCHE BEVÖLKERUNG

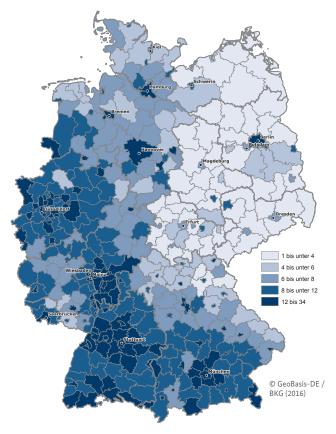
Im Jahr 2016 lebten 9,2 Millionen ausländische Personen in Deutschland, was einem Anteil von 11,2 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Als ausländische Personen werden dabei alle Personen betrachtet, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Zahl der Ausländer deutlich angestiegen

Die Zahl der Ausländer in Deutschland schwankte seit Mitte der 1990er Jahre meist zwischen sieben und acht Millionen. 2011 wurde anhand des Zensus ein deutlich niedrigerer Wert festgestellt und die Zahl um rund 1,1 Mio. nach unten korrigiert. Seitdem stieg die Zahl der ausländischen Bevölkerung zunächst durch eine hohe Zuwanderung aus den südlichen und östlichen EU-Staaten und insbesondere ab 2015 im Zuge der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen wieder an. Rund 70 % aller ausländischen Personen in Deutschland hatten 2016 einen europäischen Pass, darunter kamen 43 % aus den EU-Staaten und 15 % aus der Türkei. In den letzten 20 Jahren - und verstärkt ab 2015 - hat sich der Anteil der aus Asien stammenden Ausländer deutlich erhöht und lag 2016 bei über 21 %.

Die regionale Verteilung der ausländischen Personen in Deutschland zeigt einerseits gravierende Ost-West-Unter-

Ausländische Bevölkerung in Deutschland (Kreisebene), Anteil in Prozent, 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BiB

schiede, andererseits erhebliche Differenzen zwischen städtischen und ländlich geprägten Regionen. Rund 88 % der ausländischen Bevölkerung lebten 2016 in den westdeutschen Flächenländern, gut 6 % in Berlin und knapp 6 % in den ostdeutschen Ländern. Gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung betrug der Ausländeranteil in Westdeutschland 12,2 %, in Berlin 16,7 % und in Ostdeutschland 4,2 %. Wie der Karte zu entnehmen ist, sind es vor allem die ländlichen Kreise in Ostdeutschland, die trotz einer gewissen Zunahme in den letzten Jahren besonders niedrige Werte aufweisen. Aber auch in Westdeutschland zeigen sich in den ländlichen Regionen deutlich geringere Anteile ausländischer Personen als in den städtischen Gebieten. Bei den 13 größten kreisfreien deutschen Städten mit jeweils mehr als 500.000 Einwohnern liegen die Anteile ausländischer Personen zwischen 6,3 % in Dresden und 28,2 % in Frankfurt. Insgesamt gibt es zwölf Kreise mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von mehr als 20 %; dies sind fast ausschließlich westdeutsche Großstädte. Mit weniger als 4 % Ausländeranteil liegen 49 ostdeutsche Kreise in der niedrigsten Kategorie.

Türken sind größte ausl. Bevölkerungsgruppe

Neben dem Gesamtanteil der ausländischen Bevölkerung ergeben sich auf regionaler Ebene auch zum Teil erhebliche Unterschiede nach den Herkunftsländern. Insgesamt stellen Türken mit knapp 1,5 Mio. Menschen (15 % aller Ausländer) die größte ausländische Gruppe in Deutschland. Dieser hohe Anteil spiegelt sich auch in der regionalen Verteilung wider, denn in knapp der Hälfte aller Kreise bilden sie die zahlenmäßig größte Herkunftsgruppe. Diese befinden sich ausschließlich in Westdeutschland und Berlin. Auf dem zweiten Platz folgen polnische Staatsangehörige mit rund 790.000 Personen bzw. 8 % der ausländischen Bevölkerung. Sie stellen in rund jedem sechsten Kreis die häufigste Staatsangehörigkeit bei den Ausländern. Diese Kreise befinden sich zum überwiegenden Teil in Ostdeutschland, in Niedersachsen und im nördlichen Bayern.

Zur Statistik der Ausländer in Deutschland existieren zwei unterschiedliche Datenquellen: Das Ausländerzentralregister (AZR) umfasst alle in Deutschland ansässigen Ausländer, die sich nicht nur vorübergehend (länger als drei Monate) in Deutschland aufhalten. Für Vergleiche zwischen Ausländern und Deutschen bzw. mit der Gesamtbevölkerung werden Daten aus der Bevölkerungsfortschreibung verwendet - diese beinhaltet auch vorübergehend in Deutschland wohnende Ausländer. Allerdings gibt es bei der amtlichen Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes Angaben zu einzelnen Staatsangehörigkeiten nur bis zur Ebene der Bundesländer und damit nicht für die Kreise. Für einen Nachweis entsprechender Zahlen werden daher die Angaben aus dem AZR verwendet. Die Zahlen der Ausländer in Deutschland weichen nach beiden Quellen voneinander ab, vor allem seit der letzten Registerbereinigung des AZR im Jahr 2004 und der letzten Volkszählung, dem Zensus 2011 (für 2016: Bevölkerungsfortschreibung 9,2 Mio.; AZR 10,0 Mio. Ausländer).

DURCHSCHNITTSALTER

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten fast durchgehend erhöht und betrug im Jahr 2016 44,3 Jahre. Das ist eine Erhöhung um 4,1 Jahre oder mehr als 10 % seit 1996. Damit zählt Deutschland im internationalen Vergleich zu den Ländern mit den ältesten Bevölkerungen. Die regionalen Unterschiede beim Durchschnittsalter werden u.a. durch das unterschiedliche Geburtenniveau, die ausbildungsbedingte Zu- bzw. Abwanderung von jungen Menschen und den Anteil der ausländischen Bevölkerung beeinflusst. Ein höheres Geburtenniveau führt über einen höheren Anteil von Kindern und Jugendlichen zu einem geringeren Durchschnittsalter. Auch ausbildungsbedingte Zuzüge jüngerer Menschen sowie ein höherer Anteil der ausländischen Bevölkerung senken aufgrund deren deutlich jüngerer Altersstruktur das Durchschnittsalter. Der ausbildungsbedingte Wegzug jüngerer Menschen hingegen bewirkt folglich das Gegenteil.

Jüngere Bevölkerung in den Städten

Entsprechend dieser Faktoren und Prozesse zeigt sich die regionale Verteilung des Durchschnittsalters, wobei auf Kreisebene starke Unterschiede bestehen. Die Differenz zwischen dem Kreis mit dem geringsten (Stadt Heidelberg: 40,1) und demjenigen mit dem höchsten Durchschnittsalter (Stadt Suhl: 50,2) beträgt 10,1 Jahre. Das geringste Durchschnittsalter findet sich grundsätzlich in kreisfreien Großstädten. Vor allem Universitätsstädte profitieren vom bildungsbedingten Zuzug junger Menschen und weisen eine überdurchschnittlich junge Bevölkerung auf. So sind 23 der aktuell 30 Kreise bzw. kreisfreien Städte mit dem geringsten Durchschnittsalter Universitätsstädte. Auf der anderen Seite sind strukturschwache Regionen relativ alt, weil mit dem Wegzug junger Menschen auch die nachfolgende Elterngeneration abwanderte und ältere Menschen zurückblieben. Die 30 Kreise bzw. kreisfreien Städte mit dem höchsten Durchschnittsalter befinden sich alle in Ostdeutschland. Eine wichtige Ursache für diese Entwicklung sind der deutliche Geburtenrückgang sowie die starke Abwanderung nach der Wende. Inzwischen liegt die Geburtenrate in Ostdeutschland aber sogar leicht über der in Westdeutschland, und in den letzten Jahren war der Wanderungssaldo des Ostens gegenüber dem Westen relativ ausgeglichen. Abwanderung erfolgt in Ostdeutschland aktuell vor allem aus den ländlichen Kreisen in die größeren Städte.

Durchschnittsalter wird weiter ansteigen

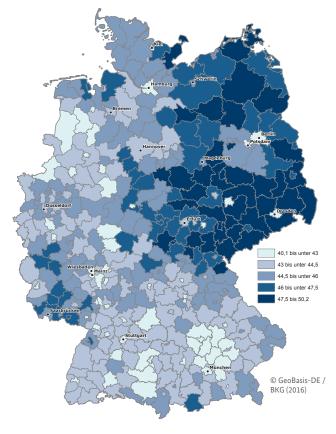
Aufgrund der aktuellen Altersstruktur der Bevölkerung ist auch zukünftig eine weitere Zunahme des Durchschnittsalters in Deutschland zu erwarten. Die Alterung der "Babyboom-"Generation (Geburtsjahrgänge der 1950er und 1960er Jahre) sowie die schwächer besetzten jüngeren Jahrgänge sind hierbei entscheidend. Nach Berechnungen auf Basis der 13. aktualisierten Bevölkerungsvorausberechnung wird sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland bis 2030 auf 45,6 Jahre erhöhen.

Auch die künftige Entwicklung wird sich regional in unterschiedlichem Maße auswirken: Für städtische Zentren mit hoher Wachstumsdynamik kann man mit einer vergleichsweise jüngeren Altersstruktur rechnen; dem gegenüber stehen strukturschwache Regionen, die von weiterer Abwanderung junger Bevölkerungsteile betroffen sein werden. Hier ist die Bevölkerungsalterung schon so weit fortgeschritten, dass das Durchschnittsalter nur noch mäßig ansteigen wird, während anderen - heute noch jüngeren - Regionen ein kräftiger Anstieg noch bevorsteht. Dazu gehören Kreise in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch einzelne Kreise in Süddeutschland oder im nördlichen Nordrhein-Westfalen.

Hohes Alter - unterschiedliche Ursachen

Grundsätzlich ist hierbei zu beachten, dass ein hohes Durchschnittsalter nicht flächendeckend negativ zu beurteilen ist. Einige Regionen Deutschlands wie der Süden von München, der Raum Baden-Baden oder auch entlang der Küsten verzeichnen Zuwanderung vornehmlich von älteren Menschen. Solche Städte oder Landkreise, die für die ältere Bevölkerung besonders attraktiv sind bzw. die sich mit ihrer Infrastruktur auf deren Versorgung spezialisiert haben, sind anders zu beurteilen als solche, die eine hohe erwerbsbedingte Abwanderung jüngerer Bevölkerungsteile aufweisen.

Durchschnittsalter in Deutschland (Kreisebene), 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BiB

www.bib.bund.de 3

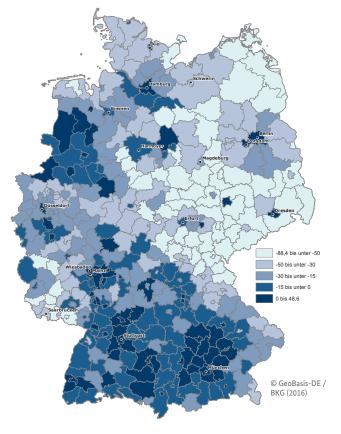
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBILANZ

Abgesehen von wenigen Ausnahmen während des Ersten und Zweiten Weltkriegs kamen in Deutschland seit Beginn des 20. Jahrhunderts stets mehr Kinder auf die Welt als Menschen im gleichen Jahr starben - die Bevölkerung wuchs aus sich heraus durch den Überschuss von Geburten gegenüber den Sterbefällen. Im Jahr 1906 erreichte der Saldo mit einem Geburtenüberschuss von 910.000 einen Höhepunkt - die Bevölkerung in Deutschland wuchs somit um fast eine Million Menschen jedes Jahr. Über die folgenden Jahrzehnte hinweg verringerte sich die Zahl stetig und erreichte in den 1960er Jahren noch Werte um 450.000. Danach begann sich die Situation grundlegend zu ändern, als kinderreiche Familien seltener wurden und die Zahl kinderloser Frauen anstieg. Daraus resultierte eine Fruchtbarkeitsrate, die unter das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau fiel.

Seit 1971 mehr Sterbefälle als Geburten

So unterschritt 1971 erstmals die Zahl der Geburten die der Sterbefälle – der sogenannte "natürliche Bevölkerungssaldo" ohne den Einfluss von Wanderungsbewegungen wurde negativ. Daran hat sich bis heute nichts geändert: Noch im-

Lebendgeborenen- / Gestorbenen- Überschuss je 10.000 Einwohner in Deutschland (Kreisebene), 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BiB

mer sterben in Deutschland Jahr für Jahr mehr Menschen als Babys geboren werden. Seit 1971 summiert sich der negative Saldo somit auf mehr als 5,2 Mio. Dass die Bevölkerungszahl in Deutschland trotz dieser Entwicklung nicht kleiner wurde, liegt an der Zahl der Zuwanderer. Die internationale Migration hat dazu geführt, dass die Bevölkerung in Deutschland sogar weiter angestiegen ist.

Geburtendefizit regional weit verbreitet

Im Jahr 2016 standen 792.000 Lebendgeborene etwa 911.000 Sterbefällen gegenüber - der natürliche Bevölkerungssaldo in Deutschland betrug damit rund -119.000. Bei differenzierter Betrachtung der Zahlen werden auch hier wieder starke regionale Unterschiede deutlich. 2016 starben in 327 (von 401) Kreisen und kreisfreien Städten mehr Menschen als geboren wurden. Auf 100 Sterbefälle kamen im Kreis Mansfeld-Südharz nur 44 Neugeborene; ähnliche Werte lassen sich für die Kreise Lüchow-Dannenberg (45), Greiz, Altenburg und Harz (jeweils 46) ermitteln. Auf der anderen Seite der Skala rangiert mit München eine Metropole, in der die Geborenenzahl bei 165 bezogen auf 100 Sterbefälle liegt. Ebenfalls ein stark positives Verhältnis haben Frankfurt (159) sowie die Universitätsstadt Freiburg (141). Die nebenstehende Abbildung zeigt die regionale Verteilung, aber auch die Ausprägung der natürlichen Bevölkerungsbilanz auf Kreisebene in Deutschland. Größere Cluster mit einer positiven natürlichen Bevölkerungsbilanz (dunkelblau) konzentrieren sich in den Großräumen München und Stuttgart, im Breisgau und im Rhein-Main-Gebiet. Des Weiteren ragen aus der Karte vereinzelte Städte hervor, die für junge Menschen besonders beliebte Wohnstandorte sind: Es handelt sich beispielsweise um Großstädte (Berlin, Hamburg, Köln, Dresden, Leipzig) oder begehrte Universitätsstandorte (Bonn, Jena, Regensburg, Erlangen).

Von besonderer Bedeutung und deshalb hervorzuheben ist der Raum im westlichen Niedersachsen mit den Kreisen Vechta, Cloppenburg und Emsland. Diese Region ist strukturell nicht mit den zuvor genannten zu vergleichen, und doch befinden sich gerade hier die Fertilitätsraten seit vielen Jahren auf einem sehr hohen Niveau. Als Ursachen sind hier sicherlich kulturelle Faktoren zu nennen, die einen positiven Einfluss auf das Geburtenverhalten haben. Ähnliches trifft auch für die Region Oberschwaben (um Ulm und südlich davon) zu.

Positiver Saldo nicht in Sicht

Für die zukünftige Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbilanz in Deutschland ist davon auszugehen, dass sie - insgesamt gesehen - weiterhin negativ bleiben wird. Dies liegt zum einen daran, dass die Zahl der Sterbefälle in den kommenden Jahren in dem Maße zunehmen wird, wie die stark besetzte Generation der Babyboomer ins höhere Lebensalter vorrückt. Gleichzeitig dürfte die Zahl der Lebendgeborenen aufgrund von Altersstruktureffekten mittelfristig wieder sinken.

GEBURTEN

Die Geburtenentwicklung in Deutschland war in den letzten Jahren wesentlich von drei wichtigen Trends geprägt: Die Zahl der Lebendgeborenen ist angestiegen, der Anteil nichtehelich Geborener hat zunehmend an Bedeutung gewonnen und das Alter der Mütter erhöhte sich weiter. Diese Entwicklungen sollen im Folgenden näher beschrieben werden.

Altersstruktur ist Treiber des Geburtenanstiegs

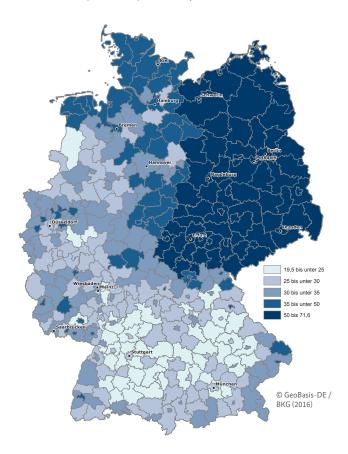
In Deutschland ist die Zahl der Lebendgeborenen in den letzten Jahren stetig und zum Teil stark angestiegen. Wurden im Jahr 2011 noch 663.000 Kinder geboren, so waren es 2016 bereits rund 792.000. Damit erblickten so viele neugeborene Jungen und Mädchen das Licht wie seit beinahe zwei Jahrzehnten nicht mehr. Hinter dem Anstieg der Geburtenzahl, der in den Medien vorschnell als "neuer Babyboom" bezeichnet wird, verbergen sich drei Ursachen: Die Kohorte der jungen Frauen im Alter zwischen 26 und 35 Jahren ist gegenwärtig sehr stark besetzt. Es handelt sich dabei um die Kinder der sogenannten "Babyboomer", die sich nun selbst im gebärfähigen Alter befinden. Eine stark besetzte Elterngeneration führt letztlich auch zu einer stark besetzten neuen Kindergeneration. Dieser Altersstruktureffekt ist ein wesentlicher Treiber des gegenwärtig zu beobachtenden Geburtenanstiegs. Darüber hinaus ist eine Verhaltensänderung der jungen Frauen zu beobachten, die sich in einer steigenden Fruchtbarkeitsrate niederschlägt. Die TFR (total fertility rate), die in etwa die Zahl der Kinder pro Frau angibt, erreichte im Jahr 1994 einen historischen Tiefstwert von 1,24 - auch bedingt durch die Aufschiebung der Geburten in ein höheres Alter. Unterstützt durch eine insgesamt gute wirtschaftliche Entwicklung, eine günstige Arbeitsmarktsituation und begleitende familienpolitische Maßnahmen ist die TFR in den letzten Jahren auf 1,59 angestiegen. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Geborenenzahlen ist der Zuzug junger Migranten und Migrantinnen, die ihr Geburtenverhalten aus dem Herkunftsland zunächst beibehalten und in Deutschland Kinder gebären. Insgesamt spielen diese aber nur eine untergeordnete Rolle: Rund 85 % der in Deutschland geborenen Kinder haben mindestens einen Elternteil mit deutschem Pass; nur etwa 15 % der Neugeborenen haben ausländische Eltern.

Der Anteil nichtehelicher Kinder steigt

Neben der steigenden Zahl ist die Entwicklung der Geburten auch dadurch gekennzeichnet, dass immer mehr Kinder außerhalb der Ehe geboren werden. Unter allen Lebendgeborenen des Jahres 2016 hatten 281.000 unverheiratete Eltern, was einem Anteil von 35 % entspricht. Damit hat sich der Nichtehelichenanteil innerhalb von nur zwei Jahrzehnten verdoppelt. Auch wenn immer noch die mit Abstand meisten Kinder innerhalb einer bestehenden Ehe geboren werden, so hat sich doch die Familiengründung vom Bestehen einer

Partnerschaft mit Eheschein emanzipiert. Besonders deutlich wird dies bei regionaler Betrachtung: Im Osten Deutschlands werden rund 60 % der Kinder von unverheirateten Eltern geboren, im Westen sind es mit knapp 30 % nur etwa die Hälfte. Ein wesentlicher Aspekt, der dieser Entwicklung generell zugrunde liegt, ist die rechtliche Gleichstellung ehelich und nichtehelich Geborener; außerdem ist die einst bestehende gesellschaftliche Stigmatisierung von Partnerschaften ohne Trauschein ("wilde Ehe") weggefallen. Unverheiratetes Zusammenleben, und damit auch die Familiengründung, ist zu einem akzeptierten Lebensmodell geworden. Damit folgen die Eltern in Deutschland einem internationalen Trend, der sich in Europa gut nachvollziehen lässt. Vor allem in den skandinavischen Ländern, aber auch in Frankreich und dem Vereinigten Königreich ist die Geburt von Kindern in nichtehelichen Partnerschaften weit verbreitet.

Anteil der Lebendgeborenen nicht miteinander verheirateter Eltern in Deutschland (Kreisebene) in Prozent, 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BiB

Auch beim weiterhin steigenden Alter der Mütter liegt Deutschland konform mit dem internationalen Trend. Mittlerweile sind Mütter bei der Geburt ihrer Kinder durchschnittlich 31 Jahre alt. Die Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland macht auch hier deutlich, dass selbst ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung immer noch Unterschiede im Geburtenverhalten zu beobachten sind – so bekommen Frauen im Osten ihre Kinder im Schnitt ein Jahr vor den Frauen im Westen.

STERBLICHKEIT

Die Lebenserwartung ist das gängigste Maß, um die Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung unabhängig von ihrer Größe oder ihrer Altersstruktur abzubilden. Dazu werden sogenannte "Sterbetafeln" berechnet. Aus diesen Tafeln geht hervor, wie viele (weitere) Jahre Menschen erleben werden, wenn die gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnisse für die Zukunft stabil bleiben würden. Mit diesem Modell ist es möglich, die Lebenserwartung nach Altersjahren, Geschlecht oder auch nach Regionen zu differenzieren.

Frauen leben im Schnitt fünf Jahre länger

Aus der aktuellen Sterbetafel geht hervor, dass unter den heute herrschenden Bedingungen weibliche Neugeborene im Schnitt ein Sterbealter von 83.2 Jahren erreichen werden, männliche ein Sterbealter von etwa 78,3 Jahren. Frauen leben also im Mittel fast fünf Jahre länger als Männer – ein Phänomen, das man seit vielen Jahrzehnten kennt und mit dem Begriff der "Übersterblichkeit von Männern" umschreibt. Die Ursachen für diese Differenzen liegen zum kleinen Teil in den biologischen Voraussetzungen begründet, zum weitaus größeren Teil in den unterschiedlichen Lebensweisen: Männer sind vor allem im Jugend- und jungen Erwachsenenalter einer höheren Sterblichkeit ausgesetzt, da sie sich durch eine riskantere (z.B. durch Unfälle) und ungesündere (Nikotin, Alkohol etc.) Lebensweise häufiger in Gefahr bringen. Auch körperlich anstrengende Arbeiten oder der Kontakt zu belastenden Stoffen bei der Arbeit führen zu einer erhöhten Sterblichkeit. Frauen agieren hingegen eher vorsichtiger, leben gesundheitsbewusster und nehmen medizinische Vorsorgetermine früher in Anspruch.

Diese unterschiedlichen Lebensweisen und Gewohnheiten spiegeln sich auch in den Sterbetafeln für höhere Altersjahre wider. Mit der sogenannten "ferneren Lebenserwartung" werden diejenigen Lebensjahre angegeben, die ein Mensch in einem bestimmten Alter – statistisch gesehen – noch zu erwarten hat. So dürfen 65-jährige Frauen heute mit 20,9 weiteren Lebensjahren rechnen, bei gleichaltrigen Männern liegt der Vergleichswert bei 17,7 Jahren. Diese Werte stellen wichtige Kennziffern dar, wenn es um die verbleibende Zeitspanne im Ruhestand oder die finanzielle Absicherung für den Lebensabend geht.

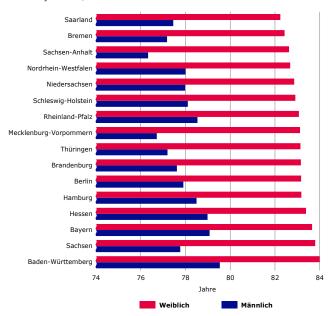
Höchste Lebenserwartung in Baden-Württemberg

Aus geografischer Sicht sind die räumlichen Ausprägungen der Lebenserwartung interessant, denn auch innerhalb Deutschlands gibt es Regionen, in denen die Menschen eine längere oder eine etwas kürzere Zeitspanne bis zum Ableben erwarten dürfen. In Bezug auf die Bundeslandgrenzen zeigt sich, dass Mädchen bei Geburt in Baden-Württemberg (84,0 Jahre) und in Sachsen (83,8 Jahre) die höchste Lebenserwartung haben, während sie im Saarland (82,2 Jahre) und Bremen (82,4 Jahre) am niedrigsten ist. Bei den Jungen steht den Neugeborenen

in Baden-Württemberg (79,5 Jahre) und Bayern (79,1 Jahre) das längste Leben bevor, in Sachsen-Anhalt (76,3 Jahre) und Mecklenburg-Vorpommern (76,7 Jahre) das kürzeste. Hierbei handelt es sich um Durchschnittswerte, und eine weitere räumliche Differenzierung zeigt, dass es auch innerhalb der Bundesländer erhebliche regionale Unterschiede gibt. Aber was sind die Ursachen dafür?

Wie bereits beschrieben, spielen die Lebensverhältnisse und die individuellen Verhaltensweisen der Menschen eine wesentliche Rolle. Untersuchungen in Bezug auf sozioökonomische Faktoren zeigen, dass Menschen mit höherer Bildung und besserem Einkommen eine längere Lebenserwartung haben. Sie ernähren sich bewusster, leben gesünder und können besser für ihre Gesundheit vorsorgen. Die Lebenserwartung ist damit zu einem gewissen Teil auch ein Gradmesser für die Verteilung des Wohlstands in unserem Land. Ein weiterer Aspekt ist die Infrastruktur: Gerade in ländlichen und noch viel mehr in strukturschwachen Räumen ist die Versorgung mit notfallmedizinischen Einrichtungen schlechter als in der Stadt. Bei Unfällen oder akuten Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems spielt zudem die Zeit bis zur ärztlichen Behandlung eine entscheidende Rolle. Kürzere Wege und eine generell bessere Ausstattung mit medizinischen Spezialeinrichtungen tragen dazu bei, dass die Lebenserwartung in städtischen Regionen oftmals höher liegt als im peripheren Raum.

Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht und Bundesländern, Sterbetafel 2014/2016



Ouelle: Statistisches Bundesamt

Wie schnell sich gesellschaftliche Veränderungen auf die Lebenserwartung auswirken, zeigt ein Blick auf die deutschdeutsche Vergangenheit: Die noch 1990 bestehenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland haben sich mittlerweile stark angeglichen. Zwar haben Männer im Osten noch immer eine kürzere Lebenserwartung als im Westen, allerdings hat sich die Differenz deutlich verkleinert. Bei den Frauen hat sich das Niveau hingegen gänzlich angeglichen.

HAUSHALTE

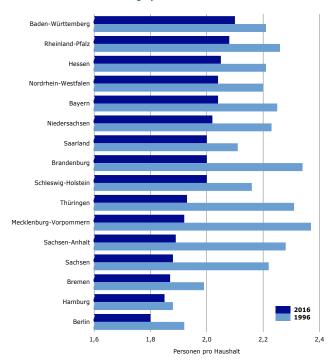
Im Jahr 2016 gab es in Deutschland knapp 41 Mio. Privathaushalte. Das waren 3,7 Mio. oder 10 % mehr als noch 1996 - obwohl die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum nur um rund 0,6 % anstiegen ist. Rund 41 % der Haushalte waren Ein-, 34 % Zwei- und 25 % Drei- und Mehrpersonenhaushalte. Im Durchschnitt lebten 2,01 Personen in einem Haushalt. Vor 20 Jahren betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße noch 2,20 Personen, und der Anteil der Einpersonenhaushalte lag bei 35 %.

Die wachsende Zahl an Haushalten und der Trend zu kleineren Haushalten wird durch den steigenden Anteil von Singles, den Aufschub der Familiengründung in höhere Altersbereiche und die geringere Kinderzahl begründet. Auch die Zunahme von partnerschaftlichen Lebensformen mit getrennten Haushalten, sowohl aus beruflichen als auch aus privaten Gründen, den sogenannten "bilokalen Paarbeziehungen", führte zu einer höheren Zahl an Haushalten. Zusätzlich steigt mit der Alterung der Gesellschaft der Anteil kleiner Haushalte durch mehr Paare und Alleinstehende, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben.

Große Städte - kleine Haushalte

Wie bei vielen anderen demografischen Indikatoren sind auch bei der durchschnittlichen Haushaltsgröße bemerkenswerte regionale Unterschiede erkennbar. Die Darstellung nach Bundesländern verdeutlicht hierbei die Entwicklung der letzten 20 Jahre. In allen Bundesländern ist in diesem Zeitraum die durchschnittliche Haushaltsgröße rückläufig, wobei die ostdeutschen Bundesländer die stärksten Rückgänge verzeichneten. Während diese 1996 noch die größten Haushalte im Ländervergleich stellten, sind die Haushalte dort unter den Flächenländern heute die kleinsten. Der Hintergrund ist hierbei eine etwas zeitversetzte Entwicklung in Ostdeutschland. Während in Westdeutschland bereits in den 1980er Jahren aufgrund des stärkeren Geburtenrückgangs eine deutliche Abnahme an Haushalten mit drei und mehr Personen erfolgte, setzte dies in Ostdeutschland erst später, dafür aber in stärkerem Maße ein und vollzog sich in einem kürzeren Zeitraum. Zusätzlich bewirkte die Abwanderung junger Menschen und damit potenzieller zukünftiger Eltern einen höheren Anteil älterer Menschen, die wiederum eher in kleineren Haushalten leben.

Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Bundesländern, 1996-2016



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Berechnungen BiB

Die kleinsten Haushalte im Ländervergleich befinden sich in den Stadtstaaten. Dies unterstreicht das grundsätzliche Bild von kleinen Haushalten in größeren Städten, wie es sich auch in der Tabelle zur durchschnittlichen Personenzahl je Haushalt nach Gemeindegröße darstellt. Dahinter stehen einerseits höhere Anteile von Singles mit Zweitwohnungen im Zusammenhang mit Ausbildung und Beruf in den Großstädten, anderseits aber auch generell ein höherer Anteil Alleinstehender mit im Vergleich zu weniger verstädterten Gebieten kleineren Familien. Im Zeitvergleich gilt für die Haushaltsgröße sowohl für West- als auch für Ostdeutschland: Je ländlicher die Region bzw. je kleiner die Gemeinde, desto stärker fiel der Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße seit 1996 aus. In den letzten zehn Jahren ist in größeren Städten kein bzw. kaum noch ein weiterer Rückgang zu erkennen. Für die Zukunft ist grundsätzlich mit einer weiteren Zunahme der Zahl der Haushalte und einem Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße zu rechnen. Nach Berechnungen auf Basis der Haushaltsvorausberechnung des Jahres 2017 wird sich die Zahl der Haushalte bis 2030 auf 42,9 Millionen erhöhen, die durchschnittliche Haushaltsgröße hingegen auf 1,93 Personen fallen. Der stärkste Rückgang ist hier-

Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Gemeindegrößen

	unter 5.000 Einwohner	5.000 bis unter 20.000 Einwohner	20.000 bis unter 100.000 Einwohner	100.000 bis unter 200.000 Einwohner	200.000 bis unter 500.000 Einwohner	500 000 und mehr Einwohner
1996	2,49	2,36	2,22	2,02	2,00	1,91
2006	2,31	2,22	2,10	1,94	1,87	1,81
2016	2,21	2,11	2,02	1,90	1,86	1,82

Quelle: Statistisches Bundesamt

bei für die ostdeutschen Flächenländer zu erwarten.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGSDATEN FÜR DEUTSCHLAND (in 1.000)

	Berick	erunë [*]	de potene	ibene idict	e dikeringshisari Litik	e nath D forti	gge als D Ward	Cesar Cesar	pediker Bediker	ne nit integral
1900*	Beriot 56.367			natu Ber	1ute	FOIL	Warte	Coesia	Bengri	gir gustr Bear
		1.996	1.236	760						
1910*	64.926	1.925	1.046	879						
1925*	62.411	1.311	753	558						
1933*	65.218	971	738	233						
1950	69.346	1.117	748	368						
1960	73.147	1.262	877	385						
1970	78.069	1.048	976	72						2.738
1980	78.397	866	952	-87						4.566
1991	80.275	830	911	-81	1.199	597	603	521		6.067
1995	81.817	765	885	-119	1.096	698	398	279		7.343
2000	82.260	767	839	-72	841	674	167	96		7.268
2005	82.438	686	830	-144	707	628	79	-63	15.057	7.289
2010	81.752	678	859	-181	798	671	128	-51	15.730	7.199
2011	80.328	663	852	-190	958	679	279	92	14.854	6.342
2012	80.524	674	870	-196	1.081	712	369	196	15.330	6.644
2013	80.767	682	894	-212	1.227	798	429	244	15.913	7.015
2014	81.198	715	868	-153	1.465	914	551	430	16.387	7.540
2015	82.176	738	925	-188	2.137	998	1.139	978	17.118	8.652
2016	82.522	792	911	-119	1.865	1.365	500	346	18.576	9.220

^{*} jeweiliger Gebietsstand

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BiB

.IMPRESSUM_



Herausgeber

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Friedrich-Ebert-Allee 4 | 65185 Wiesbaden Telefon: 0611-752235 | Fax: 0611-753960

E-Mail: post@bib.bund.de | De-Mail: kontakt@bib-bund.de-mail.de

Autoren

Christian Fiedler, Sebastian Klüsener, Harun Sulak

urn:nbn:de:bib-var-2018-036

Erschienen als Beilage zur Geographischen Rundschau 11/2018



^{**} Bevölkerung zum Stichtag (1900-1933 Volkszählung, ab 1950 Jahresende)

^{***} Die Gesamtbilanz umfasst neben der Summe aus natürlicher Bevölkerungsbilanz und Wanderungsbilanz auch bestandsrelevante Korrekturen.

^{****} Migrationshintergrund im engeren Sinn